

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

47. Ministerrat

8. April 2026

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 17. März 2026, mit dem ein Beschluss vom 29. Jänner 2026 betreffend "Einführung eines Registers für Berufe der Sozialen Arbeit und rasche Umsetzung eines Berufsgesetzes für Soziale Arbeit" vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 17. März 2026, mit dem ein Beschluss vom 29. Jänner 2026 betreffend "Sicherstellung der Weiterführung des Gewaltpräventionsprojekts "StoP" - Stadtteile ohne Partnergewalt" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 17. März 2026, mit dem ein Beschluss vom 29. Jänner 2026 betreffend "Herauslösung der Landwirtschaft aus der EU-Industrieemissionsrichtlinie und Anhebung der Schwellenwerte" vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 20. März 2026, mit dem eine Entschließung vom 11. März 2026 betreffend "Finanzielle Reformen ausgabenseitig vorantreiben - NEIN zur Einführung einer Erbschaftssteuer" vorgelegt wird.
5. Schreiben der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 16. März 2026, mit dem eine Resolution vom 11. März 2026 betreffend "Betriebsmittelkostensteigerungen erfordern Entlastungspaket für bäuerliche Betriebe" vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 20. März 2026, mit dem eine Resolution vom 19. März 2026 betreffend "Finanzierung des StoP-Projektes sicherstellen" vorgelegt wird.
7. Schreiben des Bürgermeisters von Wels vom 18. März 2026, mit dem eine Resolution vom 16. März 2026 betreffend "Maßnahmen zur Senkung des Anteils außerordentlicher Schüler in den Volksschulen" vorgelegt wird.
8. 73/E-NR/XXVIII.GP vom 26. März 2026 betreffend "Weibliche Genitalverstümmelung (FGM /C) in Österreich unterbinden" (Wortlaut siehe Beilage).
9. 74/E-NR/XXVIII.GP vom 26. März 2026 betreffend "Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz von Gesundheitseinrichtungen" (Wortlaut siehe Beilage).


EntschlieÙung

des Nationalrates vom 26. März 2026

betreffend Weibliche Genitalverstümmelung (FGM/C) in Österreich unterbinden

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung und die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht,

- FGM/C konsequent zu bekämpfen und die Durchführung härtest möglich zu bestrafen,
- weitere diskriminierungsfreie Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung in Österreich zu ergreifen und zur effektiven Bekämpfung Informationspflichten für Ärztinnen und Ärzte und Gesundheitspersonal gegenüber den betroffenen Frauen im Eltern-Kind-Pass einzuführen,
- ein Sensibilisierungspaket für das Personal in Gesundheitsberufen zu erarbeiten und zu beschließen,
- sicherzustellen, dass Informationen über FGM/C auch in den Ausbildungen – etwa von Hebammen, Gynäkologinnen und Gynäkologen – entsprechend verankert werden,
- verstärkte Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Aufklärung über die gesundheitlichen und rechtlichen Folgen weiblicher Genitalverstümmelung zu setzen,
- auch Männer verstärkt in FGM/C Projekte (Beispiel Intact MEN) einzubeziehen, um auch diese über die Auswirkungen von FGM/C und die österreichische Rechtslage aufzuklären und ihren Einfluss in Familien und Communitys zur Bekämpfung von FGM/C zu nutzen,
- die Auflage eines sogenannten „FGM-Schutzbriefes“ nach dem Vorbild von Deutschland und den Niederlanden zu prüfen, welcher über die schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen und rechtliche Strafbarkeit in Österreich aufklärt.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-03-30T08:14:32+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 26. März 2026

betreffend Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz von Gesundheitseinrichtungen

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, die Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz von Gesundheitseinrichtungen einzuleiten, insbesondere dahingehend, ob

- der Schutz von Patientinnen bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen, insbesondere im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen, gewährleistet ist;
- der Schutz der Beschäftigten in Krankenanstalten, Spitälern und sonstigen Gesundheitseinrichtungen gewährleistet ist und
- eine die Funktionsfähigkeit der Gesundheitseinrichtung beeinträchtigende Behinderung der Zu- und Abfahrt zu diesen Einrichtungen nicht gegeben ist.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-03-30T08:17:22+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	